

Susanne Nies: Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918–95). (Bonner Beiträge zur Politikwissenschaft, 6.) LIT Verlag, Münster 1995. 471 S.

Mit ihrer Dissertation über die außenpolitische Entwicklung Lettlands von 1918 bis 1995 versucht die Politologin Susanne Nies eine Lücke zu füllen: Bisher war Lettland sowohl in der Geschichtsschreibung als auch in der politischen Dokumentation vorwiegend in seiner Rolle als Objekt der Großmächtepolitik in der Zwischenkriegszeit betrachtet worden, nicht jedoch im Rahmen einer breit angelegten außenpolitischen Analyse ausgehend vom Staate Lettland selbst im Verhältnis zu anderen.

Die Vf.in hat neben den publizierten Quellendokumenten Bestände im Lettischen Historischen Staatsarchiv (Riga), im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (Bonn) und im Bundesarchiv eingesehen und ausgewertet. Sie berücksichtigt drei zeitliche Aspekte: den historischen, den gegenwärtigen und den prognostischen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt allerdings im historischen Bereich, da die Zwischenkriegszeit allein über zwei Drittel der Studie einnimmt.

In einem einführenden Exposé über „Die Voraussetzungen lettischer Außenpolitik“ erläutert N. sowohl demographische als auch wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungen auf dem lettischen Territorium, die einen Rahmen für ihre Darstellung der lettischen Außenpolitik geben. Dabei wird ein kurzer Überblick über die historische Entwicklung des Landes und damit ein Einblick in die Jahrhunderte währende Rolle Lettlands als Spielball der Mächte gegeben; der multiethnische Charakter des Landes ist ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt.

Die Zwischenkriegszeit sieht N. zunächst als Phase der Aufnahme und Konsolidierung wirtschaftlicher Außenkontakte, die der junge Staat primär benötigte und auch sehr viel stärker in den Vordergrund stellte als diplomatische Kontakte. Diese wurden vielfach erst in den 1930er Jahren begründet und konnten sich somit kaum entfalten. Als drei zentrale Staaten für die außenpolitischen Beziehungen Lettlands nennt N. Deutschland, die Sowjetunion und Polen, auf deren – in allen Fällen äußerst komplexes – Verhältnis zu Lettland sie jeweils ausführlich eingeht. Weitere wichtige Kontakte in dieser Zeit stellen die baltische Entente sowie die bilateralen Verbindungen zu den beiden Nachbarstaaten Estland und Litauen wie auch zu England dar. Auch die Rolle Lettlands im Völkerbund wird betrachtet. Die Vf.in legt besonderen Wert auf umstrittene Fragen wie beispielsweise die Stellung Englands in der lettischen Außenpolitik, der ihrer Ansicht nach von lettischer Seite eine zu große Bedeutung beigemessen wurde. Innerhalb der Zwischenkriegszeit liegt das Hauptaugenmerk auf den Jahren 1938/40, die N. als „Krisenjahre“ bezeichnet. Sie nennt als vier Fehlerperzeptionen der lettischen Außenpolitik für diese Zeit: 1) daß man nicht mit einem deutsch-sowjetischen Krieg rechnete, 2) die Unterschätzung der Macht und des Einflusses der Sowjetunion, 3) die Überzeugung, England würde Lettland im Kriegsfall zur Hilfe eilen, 4) die Überzeugung, daß man auf eine Kooperation mit den skandinavischen Staaten würde zählen können.

Sowohl auf die Situation Lettlands zu Sowjetzeiten als auch auf die Zweite Republik Lettland geht die Autorin nur kurz ein. Dies ist aufgrund der Informationslage und der Tatsache, daß zum Zeitpunkt der Publikation seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands erst drei Jahre verstrichen waren, zum Teil durchaus verständlich, doch ist somit der Titel der Darstellung irreführend, da der Leser fundierte Informationen und Analysen lediglich zur Zwischenkriegszeit erhält.

Erfrischend ist der neutrale Zugang der Autorin zu dem Thema, das in der deutschen, der sowjetischen und in der lettischen Historiographie eher subjektiv abgehandelt wird. N. betont stets, welche Problemfaktoren ihrer Ansicht nach ausführlicher beleuchtet werden müßten, bzw. wo eine neue Sichtweise angebracht wäre. Der Arbeit

zugrunde liegt eine detaillierte Gliederung, die – abgesehen von zeitlichen Faktoren – nach den außenpolitischen Beziehungen Lettlands zu anderen Staaten aufgeteilt ist. Ein großes Problem ist allerdings die ungenügende Überarbeitung: Sowohl im orthographischen als auch im stilistischen Bereich sind hier teilweise gravierende Mängel festzustellen, die dem Werk den Charakter eines unfertigen Manuskriptes verleihen. Besonders fällt dies bei den lettischen Sonderzeichen auf, die in vielen Fällen falsch gesetzt sind. Nichtsdestotrotz stellt der Band aufgrund seiner Neutralität und der vielseitigen Betrachtung eine große Bereicherung für die Geschichte der lettischen Politik dar. Eine dem inhaltlichen Teil vorangestellte Erläuterung der Quellenlage und des Forschungsstandes sowie ein ausführlicher biographischer Anhang ergänzen die vielschichtigen Informationen.

Bochum

Ivika Laev

Danuta Sieradzka: Miasta województwa śląskiego i ich reprezentacje samorządowe 1922–1939. [Die Städte der Wojewodschaft Schlesien und ihre Selbstverwaltungsorgane 1922–1939]. Wydawnictwo Sponsor. Kraków 1996. 223 S., Abb., 10 Tab.

Die auf Fragen der kommunalen Selbstverwaltung in der Wojewodschaft Schlesien spezialisierte Autorin legt einen quellenfundierte Band vor, der sich ausschließlich mit der Lage in den Städten beschäftigt, beschränkt auf die politischen und die Nationalitätenverhältnisse der Selbstverwaltungsorgane. Daß es sich dabei um keine Synthese handelt, gesteht D. Sieradzka anfangs ein (S. 15).

Sie zeichnet ein insgesamt düsteres Bild der Verhältnisse. Statt sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu besinnen, waren die Gemeinderäte ein Ort des Nationalitäten- und Parteienhaders, vor allem nach 1926, als der *Sanacja*-Mann Michał Grażyński zum Wojewoden ernannt worden war. Ganz im Sinne eines autoritären Staatssystems wußte er den ‚Seinen‘ mittels seiner breiten Machtbefugnisse, aber auch klarer Rechtsbrüche, in kurzer Zeit zu Schlüsselstellungen in den Kommunalorganen zu verhelfen, aus denen wiederum die Deutschen und die Vertreter der Opposition weitgehend verdrängt wurden. Die gleichgeschalteten Stadträte arbeiteten dann bis 1939 zwar reibungsloser, mit der basisdemokratischen Idee einer Selbstverwaltung hatte dies freilich nichts mehr zu tun.

Zu solch klaren Schlußfolgerungen kommt die Autorin, die ein chronologisches Vorgehen bevorzugt, leider nur selten. Die Arbeit kennzeichnet vielmehr ein Mangel an kritischer Reflexion. Bei einem Vorhaben, das die Interdisziplinarität geradezu erfordert, ist die Darstellung des rechtlichen Hintergrundes der Problematik ungenügend.

Mehrere Aussagen der Vf.in wirken außerdem recht konfus. Die Bielitzer Deutschen z. B. gingen nicht auf die Ansiedlung in der österreichischen Zeit zurück (S. 40), sondern auf die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung. In derselben, mehrheitlich deutschen Stadt von einem „germanisierten (*z niemczona*)“ Stadtrat zu sprechen (S. 25), ist mehr als nur ein Mißverständnis. Auf S. 99 stellt S. autoritativ fest, daß in Georgenberg „nur eine deutsche Familie wohnte“. Ein Blick auf die Tab. 4 informiert aber, daß dort bei der Kommunalwahl 1926 396 deutsche und 465 polnische Stimmen gezählt wurden. Relikte aus der kommunistischen Geschichtsschreibung sind die Wendung „Rückkehr Schlesiens zum polnischen Mutterland“ oder die Rede von der preußischen bzw. österreichischen „Teilungsmacht“ in Oberschlesien. In der dürftigen, aus vier Sätzen bestehenden deutschen Zusammenfassung bezeichnet die Autorin fälschlicherweise „Ober- und Cieszyn-Schlesien“ als Ostoberschlesien, in Wirklichkeit ist darunter nur der 1922 an Polen gefallene ehemals preußische Teil Oberschlesiens zu verstehen.

Ein 40-seitiger Anhang mit namentlicher, nach Gemeinden, Amtsperioden sowie Parteien geordneter Aufzählung von Stadträten ist der wertvollste Teil der Studie, die auch noch durch die Abbildung einiger zeitgenössischer Wahlplakate bereichert wird.

München

Matthias Lempert